Zugestellt durch post.at

GRÜNES BLATT

KORNEUBURG 1/2018

DIE GRÜNEN KORNEUBURG

RECHT AUF LEBENSQUALITÄT

INHALT

- TEAMWECHSEL
- WERFTENTWICKLUNG
- PVZ UND UMWELTRECHT
- WAY2SMART
- GANZTAGSSCHULE
- ÖFFI-VORBILD KORNEUBURG
- NÖ LANDTAGSWAHL

Im Korneuburger Gemeinderat wird intensiv gearbeitet: Zahlreiche Projekte stehen an und die GRÜNEN engagieren sich dafür, dass trotz des Wachstums die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten und verbessert wird.

Oft geben aber auch bundes- und landespolitische Entscheidungen die Richtung für die Entwicklung der Region vor. Sei es die Gesetzgebung in Umweltverfahren wie beim Postverteilzentrum oder bei der Werft, oder auch die Finanzierung des Öffentlichen Regionalverkehrs.

Darauf hinzuweisen ist uns wichtig – nicht nur angesichts der bevorstehenden Landtagswahl! Die GRÜNEN KandidatInnen aus dem Bezirk können zwar nicht mit einem Mandat im Landtag rechnen, werden ihre Themen aber durch ihre Vorzugsstimme verstärkt über die Grünen Gremien auch im Landtag einbringen.

TEAMWECHSEL

Zwei Auslandssemester verschlagen die Grün-Gemeinderätin Constanze Frech zurzeit nach Shanghai – eine aufregende Herausforderung für eine junge Raumplanungs-Studentin. Sie hat deshalb im September ihr Mandat zurückgelegt.

Wir danken Constanze für ihr ausdauerndes Engagement und ihre kompetente Arbeit für Korneuburg. Wir wünschen ihr ein spannendes Jahr in der Ferne mit vielen neuen Lebenserfahrungen.
Und wir wünschen uns, dass sie sich nach ihrer Rückkehr doch auch wieder politisch engagiert.

Johann Renner hat das Mandat von Constanze Frech übernommen. Er vertritt uns seither im Bau- und im Stadtplanungsausschuss, im Steuerstern, im Werftentwicklungsprozess und beim Projekt way2smart. Engagement, Erfahrung und Know How zeichnen ihn aus - insbesonders bei Energiethemen und bei Auftragsvergaben.

WERFT-ENTWICKLUNG

VISION STATT KRAUT UND RÜBEN

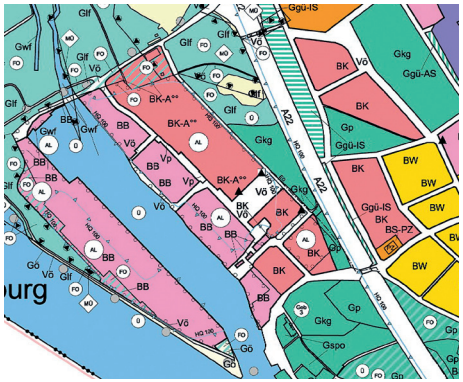
Die Werft bedeutet allen KorneuburgerInnen etwas, allen ist bewusst, dass dieser Ort eine ganz besondere Bedeutung für unsere Stadt hat. Die Werft hat die Geschichte, die wirtschaftliche Entwicklung und einen großen Teil der Gemeindefläche nachhaltig geprägt.

Die derzeitige Widmung

Die Werft ist derzeit als Bauland Betriebsgebiet und Bauland Kerngebiet gewidmet – das würde vor allem betriebliche Nutzung ermöglichen. Als Abgrenzung zur Autobahn wäre etwas Wohnbau möglich. Eine Nutzung, die sich wohl niemand ernsthaft für das Gelände wünscht.

Entwicklungsprozess

Eine nachhaltige Entwicklung des Geländes muss die ökologischen und ökonomischen Bedürfnisse der einzelnen Beteiligten unter einen Hut bekommen. Sinnvolle Kompromisse müssen vertraglich abgesichert werden.
Dazu wurde im Vorjahr von der Stadtgemeinde (bzw. dem SEFKO) ein breites Bürgerbeteiligungsverfahren für die Erstellung eines Entwicklungskonzepts gestartet. Außer der FPÖ stehen alle Fraktionen des Gemeinderates angesichts des Grundstückwertes (immerhin fast 180.000 m^2) zu diesem Prozess.



Uns Grünen ist wichtig, dass:

- die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt werden.
- die Entwicklung so sanft wie möglich erfolgt – aber auch finanzierbar wird.
- Kosten und Nutzen möglichst fair aufgeteilt werden.
- ökologisch visionär und ökonomisch sinnvoll agiert wird.
- Mobilität ermöglicht und Verkehr beruhigt wird.

Gemeinderätin a.D. Constanze Frech:
„Seit der Schließung der Schiffswerft und der Sanierung des Geländes befindet sich dieses Areal im „Dornröschenschlaf“ – und nach 23 Jahren ist es nun an der Zeit, es sanft zu wecken.“

SUP/UVP SCHÜTZT DIE INTERESSEN DER BÜRGERINNEN

Im Zuge einer strategischen Umweltprüfung (SUP) sind die Umweltauswirkungen einer geplanten Umwidmung zu untersuchen. Gerade neben dem Natura2000 Gebiet der Au gilt hier ein Verschlechterungsverbot. Das Entwicklungskonzept darf daher nicht auf ein 08/15 Wohnviertel für BesserverdienerInnen reduziert werden.

Klares Konzept

Neben einem klaren Konzept zur Energieautonomie ist für uns der Autobahn-Durchstich für den Fuß- und Radverkehr ein unerlässlicher Teil des Werftkonzepts. Notwendig ist auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen bebauten- und freien Flächen.
Und das sind nicht nur Grüne Träumereien – sondern an sich gesetzliche Voraussetzungen für eine Umwidmung.

Auch in Niederösterreich?

Natürlich wissen wir, dass gerade in Niederösterreich Umweltverfahren öfter mal schludrig umgesetzt werden oder ganz entfallen – so á la Postverteilerzentrum.
Und natürlich steht die Gefahr im Raum, dass die Bundesregierung ihre angekündigten „Verfahrensvereinfachungen" (=Beschneidung der BürgerInnenbeteiligung) rasch durchziehen will.
Angesichts der Gemeinderatswahlen 2020 ist es aber doch unwahrscheinlich, dass die ÖVP den Willen der BürgerInnen zu sehr missachtet.

Neo-Gemeinderat Johann Renner:
„Ein sauberes Verfahren durchzuführen und rechtzeitig sicherzustellen, dass ausreichend Umwelt-, Energie- und sanfte Mobilitätsmaßnahmen geplant und umgesetzt werden, liegt im Interesse der Stadtgemeinde und ihrer BürgerInnen."

MASTERPLAN KORNEUBURG

WER NICHTS SAGT WIRD NICHT GEHÖRT

Wenn Sie Ihre Mitsprache nicht auf eine Stellungnahme im SUP- oder UVP-Verfahren beschränken wollen, melden Sie sich doch zur BürgerInnenbeteiligung im Rahmen des Masterplans an!
Einfach per E-Mail an:
sabina.gass@korneuburg.gv.at.

Zur Werft-Arbeitsgruppe finden Sie über den „Lebensbereich Stadtplanung". Aber auch in anderen Arbeitsgruppen können Sie such in spannende Projekte einbringen!

IMPRESSUM

Herausgeber & Medieninhaber:
Die GRÜNEN Korneuburg
Albrechtsgasse2/16
2100 Korneuburg
Tel: 0664/91 30 615
korneuburg.gruene.at

DIE GRÜNEN KORNEUBURG

PVZ LANGENZERSDORF

GLÜCK GEHABT

NICHT RECHT

Wäre das Projekt „Postverteilzentrum“ nicht an den „Grundstücksverhandlungen“ mit Korneuburg gescheitert, hätte es auch ohne Umweltauflagen durchgeführt werden können.

Die schlampige Umsetzung der SUP-Richtlinie in Niederösterreich ermöglicht es, Umwidmungen für Großprojekte wie das Postverteilzentrum ohne strategische Umweltprüfung durchzuführen.

Und jetzt: Jetzt sucht die Post mit dem alten Konzept einen neuen Platz für ihr Verteilzentrum.

Floriani lässt grüßen!

Wir sind erst zufrieden, wenn die Post ihr Label einer CO2-freien Zustellung ernst nimmt!

POSTVERTEILZENTRUM WIEN NORD

UMWELTRECHT = LEBENSQUALITÄT

Die GRÜNEN und div. Umwelt-NGOs kämpfen seit Jahren für eine Verbesserung des Umweltrechtes in Österreich. Insbesondere bei der Beteiligung der BürgerInnen an Umweltverfahren für Großprojekte ist Österreich alles andere als ein „Musterland“ in der Europäischen Union. Da ist keine Rede von Gold Plating (Übererfüllung von EU-Richtlinien) – sondern viel häufiger davon, dass EU-Richtlinien zu spät, schlampig oder gar nicht umgesetzt werden.

Politische Einzelentscheidung in Niederösterreich

So ist das auch bei der Umsetzung der EU-Richtlinie für die Durchführung von strategischen Umweltprüfungen. Der Sinn dahinter ist an sich klar: Die Auswirkung von Raumordnungs-Änderungen (Umwidmungen) im Vorfeld auf ihre Umweltverträglichkeit zu prüfen und gegebenenfalls Umwelt-Auflagen für die Nutzung zu erteilen. Niederösterreich hat die Richtlinie zwar umgesetzt – die Entscheidung, ob eine SUP durchzuführen ist, fällt aber im Einzelfall politisch – durch die NÖ Landesregierung.

Umweltschutz muss Vorrang haben!

Bei einem Großprojekt wie einem Postverteilzentrum muss Umweltschutz Vorrang haben, denn es geht um die Lebensqualität! Es reicht nicht, ein solches

Projekt an einem Standort zu verhindern. Es geht um umweltverträgliche Gesamtkonzepte: Vernünftige Logistik, Lärmschutz, der Einsatz der neuesten Technologien wie E-Mobilität, erneuerbare Energieversorgung, moderne Leuchtmittel usw. Eine verpflichtende behördliche Vorschreibung von Maßnahmen, die über die „normalen Standards“ hinausgehen, ist nur in einem Umweltverfahren (SUP oder UVP) möglich.

Uns GRÜNEN geht es um nachhaltige, ressourcenschonende Wirtschaft, Vermeidung von Emissionen, Kostenwahrheit in der Transportwirtschaft und Umweltschutz als Öffentliches Interesse. Deshalb haben wir das Postverteilzentrum, so wie es geplant war, abgelehnt. Egal, wo das PVZ NÖ Nord nun künftig hinkommen sollte.

WAY2SMART: JETZT WIRD KONKRET GEPLANT

Im Dezember wurde endlich das PlanerInnenteam für das Gemeindewohnbauprojekt way2smart bestellt. Wir sind optimistisch und bauen jetzt auf eine rasche Umsetzung – und darauf, dass an den Zielen, insbesondere in qualitativer Hinsicht, nicht weiter gerüttelt wird.

Zu Beginn des Projekts bestand noch Einigkeit über die Ziele.

Zwei Jahre lang wurde diskutiert - und das nicht immer sachlich - insgesamt wurden drei Grundsatzbeschlüsse gefällt. Dem ursprünglichen Zeitplan hinkt die Gemeinde jetzt schon ein Jahr hinterher.
Schon im Vorjahr wurde die Gebäudehöhe von vier auf drei Etagen reduziert, was nicht nur zu weniger Gemeindewohnungen, sondern auch zu höheren Kosten pro m² führt. Mit dem Gemeinderatsbeschluss für die Planungsvergabe ist aber nun hoffentlich das „Damoklesschwert" eines Abrisses und Neubaus hoffentlich vom Tisch. Das Ziel einer energieautonomen Bauweise ist in den bisherigen Grundsatzbeschlüssen verankert, ebenso wie die angepeilte Vermietung maximal zum Richtwertmietzinssatz. Die PlanerInnen sind motiviert: bis zum Sommer sollen die konkreten Pläne stehen – damit ist eine Fertigstellung im Jahr 2019 noch möglich.

Nähere Informationen zum Projekt way2smart finden Sie unter www.way2smart.at.

GANZTAGSSCHULE FÜR KORNEUBURG

Grün-Gemeinderätin Susanne Springer:

Für uns ist eine Ganztagsschule für Korneuburg eine sinnvolle Erweiterung des schulischen Angebotes und keine Fahnenfrage!

Auf Antrag der Grünen soll im Bildungsausschuss ein Konzept für den Ausbau der Volksschulen mit der Möglichkeit einer teilweisen Einrichtung als Ganztagsschule mit verschränkten Lern- und Betreuungszeiten erarbeitet werden.

Angesichts der regen Bautätigkeit und des Bevölkerungswachstums in Korneuburg wird auch der Bedarf an Volksschulplätzen steigen. Wir wollen, dass hier längerfristig gedacht wird und die Möglichkeit der Ganztagsschule nicht als Fahnenfrage, sondern als eine mögliche Erweiterung des Schulangebotes in Korneuburg gesehen wird.

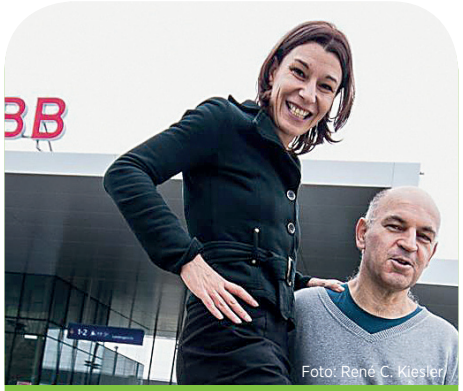


Foto: René C. Kiesler

WIR BLEIBEN DRAN

Durch Viertelstundentakt und Bahnhofsumbau hat Korneuburg stark an Attraktivität gewonnen. Es funktioniert, das gute Angebot wird verstärkt genutzt. Gerüchte sprechen von 20 Prozent Zuwachs bei den Fahrgastzahlen.
Sichtbar wird es an den anfangs überdimensioniert wirkenden Radabstellanlagen: die sind inzwischen genauso voll wie das Parkdeck und der Parkplatz. Für uns heißt das: nicht locker lassen!

Die Entwicklung von Siedlungsgebieten muss künftig mit Öffis und dem Konzept der kurzen Wege für den Rad- und Fußverkehr verbunden werden. Das gilt für die Werft genauso wie für das Raiffeisen (RWA) Büro-Gebäude in der Pamerstraße.
Auch im Bestand ist einiges zu verbessern. Das ist Kleinarbeit und erfordert Hartnäckigkeit, Leidenschaft und Engagement für den Öffentlichen Verkehr.
Wer soll das machen, wenn nicht die GRÜNEN?

BAHN UND BUS
KORNEUBURGER ERFOLGSREZEPT

**Die Bahn-Offensive in Korneuburg wirkt, das ist sichtbar.
Beim Bahnhofsumbau hat sich die Stadtgemeinde parteiübergreifend stark engagiert und einiges mitfinanziert: den Erhalt des alten und die Schaffung des Landesgerichts-Zuganges sowie Vorplatz und Park & Ride Plätze.
Ist jetzt alles perfekt? Wir sehen da schon noch Luft nach oben!**

Zubringerverkehr verbessern

Um das Parkdeck zu entlasten, müssen endlich Maßnahmen gegen das Dauerparken gesetzt, aber auch der Zubringerverkehr zur Bahn verbessert werden.
Auch durch das intensive Engagement der Grünen wurde der Busverkehr im September besser an den Bahntakt angepasst und es gibt auch einige neue Verbindungen. Doch für ein flächendeckendes Taktsystem müsste das Land etwas mehr Geld in die Hand nehmen.
Unser nächster Schwerpunkt liegt in einer Informationsoffensive für den Busverkehr. Die meisten wissen, dass Busse fahren – aber kaum jemand kennt den Abfahrtsplan. Das wollen wir ändern.

Nachbessern bei der Bahn:

Verstärkung In der Morgenspitze, bessere Verbindungen innerhalb Niederösterreichs (Krems, St. Pölten) und eine Qualitätsoffensive in Sachen Pünktlichkeit.
Auch das Ticketautomaten-Chaos muss behoben werden: Einerseits durch eine flexiblere Gestaltung der VOR-Zeitkarten und andererseits sind ausreichend Verkaufsautomaten in den Verträgen mit der ÖBB zu verankern.

Schulbus-Umstellung:
Bei der Umstellung des Busfahrplans zu Schulbeginn kam es für einige Kinder zu Verbesserungen – andere müssen seither länger warten. Der VOR hat in vielen Fällen prompt reagiert und nachgebessert. Wir regen eine jährliche Evaluierung der Fahrpläne mit Ende des Schuljahres an - mit dem Ziel, alle SchülerInnen von Wien, Stockerau und Korneuburg schnellstmöglich in div. Gemeinden heimzubringen.

KORNEUBURG ALS VORBILD FÜR NIEDERÖSTERREICH

Amrita Enzinger, Landtagsabgeordnete und Verkehrssprecherin der GRÜNEN:
Bahnhofsneubau und Viertelstundentakt haben in Korneuburg viel bewegt! Die dafür notwendigen Investitionen können wir GRÜNE uns nicht auf unsere Fahnen heften – hartnäckige Überzeugungs- und Zusammenarbeit dafür aber schon. Und die wird es auch nach der Wahl brauchen!

LR Wilfing wirbt mit Korneuburg. Wurde er in Sachen Öffis vom Saulus zum Paulus?
Leider nicht. Das Angebot für einen Viertelstundentakt gab es von der ÖBB schon lange. Wien wollte einen verbesserten S-Bahn-Takt für die Anbindung des Krankenhauses Nord und die Züge können erst in Korneuburg wenden. 2016/17 passte es perfekt in den NÖ Wahlkalender.

Und nach der Wahl?
Was mit Projekten passiert, die vor einer Wahl von der ÖVP nur angekündigt werden, sieht man am Projekt der Regionalbahn nach Ernstbunn. Nach der Wahl ergibt die Machbarkeitsprüfung, dass sie dem Land doch zu teuer ist.

Diesmal will die Landes-ÖVP die Machbarkeit einer U-Bahn nach Stockerau prüfen. Bringt's das?
Mit einer U-Bahn könnte man ganz Korneuburg in einer knappen Stunde nach Wien evakuieren, aber die Menschen aus der Region müssten trotzdem mit dem Auto zum Bahnhof fahren.
Ein U-Bahn-Kilometer kostet allein in der Errichtung 50 Mio. EUR (unterirdisch 100 Mio. EUR). Einen Regionalverkehr wie in der Schweiz könnte man um zwei Millionen pro Jahr anbieten.

Wie viel gibt Niederösterreich jetzt wirklich für die Öffis aus?
Nur rund ein Prozent des Jahresbudgets! Von 9,4 Mrd. EUR sind nur 140 Mio EUR für den Öffentlichen Verkehr vorgesehen.

Ist eine Verkehrswende in Niederösterreich möglich?
Ja! Korneuburg zeigt, dass die NiederösterreicherInnen das Angebot nutzen, wenn es passt.
Doch wer glaubt, dass die ÖVP das von sich aus macht, dem empfehle ich die Lektüre des Bundesregierungsprogramms. Unter öffentlichem Verkehr findet sich hier nur der Stellenabbau bei der ÖBB.

Es braucht den Druck der GRÜNEN, damit Maßnahmen im Öffentlichen Verkehr auch umgesetzt werden!

ÖFFIS AUSGEBAUT UND LEISTBAR!

Ich kämpfe aus Überzeugung und mit meiner ganzen Leidenschaft für besser ausgebauten und leistbaren Öffentlichen Verkehr: 365,— Euro-Ticket für ganz NÖ, Top Jugendticket für alle jungen Menschen in Ausbildung, die Wiederbelebung und Attraktivierung von Regionalbahnen und eine Stärkung des Zubringerverkehrs zur Bahn.
Wir müssen alles unternehmen, damit Öffis für PendlerInnen noch attraktiver werden. Es bedarf vieler einzelner Mosaiksteine, um ein perfektes Ganzes zu schaffen – und damit die Wahlfreiheit auch beim Verkehrsmittel zu gewährleisten!
Es wird – und da bin ich Realpolitikerin – viele Jahre dauern, bis wir ein Öffentliches Verkehrsnetz wie in der Schweiz bekommen. Dort fahren Öffis im Halbstunden- oder Stundentakt bis ins letzte Dorf – auch am Wochenende und zu schulfreien Zeiten und das selbstverständlich bis Mitternacht.

1. ALEXANDRA ADLER

ist Gemeinderätin in Leobendorf und bei der Landtagswahl 2018 Grüne Spitzenkandidatin im Bezirk. Ihre politischen Schwerpunkte sind nachhaltige Wirtschaft (CSR), regionale Entwicklung und Frauenpolitik.

2. RENÉ ZEHNER

ist Grün-Gemeinderat in Langenzersdorf und der zweite auf unserer Bezirksliste. Seine Schwerpunkte liegen in der Sozialpolitik, Demokratie, Asyl & Integration sowie Finanzen & Kontrolle.

NÖ LANDTAGSWAHL AM 28. JÄNNER

KANDIDATINNEN AUS DEM BEZIRK

Die Grünen kämpfen um den Wieder-Einzug in den NÖ Landtag. Damit auch nach 2018 eine ökosoziale Oppositionspartei der mächtigen ÖVP in Niederösterreich auf die Finger schauen und nachhaltige Lösungen forcieren kann, brauchen wir Ihre Stimme!

Wir setzen uns ein für:
- **Öffi-Offensive: 15-Minutentakt bis Stockerau und Busanbindung auch am Wochenende**
- **Mehr Kleinkinderbetreuung ab 1,5 Jahren**
- **Bio-Essen in Schulen und Kindergärten.**

Dafür kämpfen wir - mit Alexandra Adler an der Spitze - für die Region.

---

15 KandidatInnen aus dem Bezirk werben um Ihre Vorzugsstimme:

3. Nora Korp
Themen: Jugend, Bildung und Mobilität.

4. Bernhard Jelinek
Themen: Jugend, Öff. Verkehr

5. Renate Kolfellner
Themen: Umwelt- und Klimaschutz

6. Dietmar (Didi) Pfeiler
Themen: Mobilität und Öffis, Transparenz und Kontrolle

7. Susanne Springer
Themen: Bildung, Umweltschutz, Mobilität

8. Recep Bektas
Themen: Kultur, Integration, Umwelt- und Klimaschutz

9. Eva Hofbauer
Themen: Bildung, Gesundheit und Ernährung, Familie

10. Rudolf Stroissnig
Themen: Finanzen, Kontrolle & Steuerfragen, Umwelt- und Klimaschutz

11. Waltraud Stindl
Themen: Tierschutz, Umwelt- und Klimaschutz

12. Reinhard Mammerler
Themen: Verteilungsgerechtigkeit, leistbares Wohnen und Flüchtlingshilfe

13. Brigitte Stoimenov
Themen: ArbeitnehmerInnenschutz, Verteilungsgerechtigkeit, Kontrolle

14. Christian Koza
Themen: ArbeitnehmerInnenschutz, Kampf gegen Großprojekte

15. Elisabeth Kerschbaum
Themen: Öffis & Rad, erneuerbare Energien, Anti-Atompolitik, Integration (Landesliste Platz 32)